

Österreich - das Zünglein an der Waage

Utl.: Die Stimme Österreichs entscheidet über die Einführung eines EU Anti-Dumpingzoll bei Fahrradnaben und damit über das Wohl der europäischen Fahrradindustrie sowie über deutliche Preiserhöhungen für den Verbraucher=

Wien (OTS) - Die europäische Kommission hat das Anti-Dumping-Verfahren auf Nabenschaltungen aus Japan bis zum Schluss kompromisslos gegen die Interessen der überwiegenden Mehrheit der europäischen Fahrradindustrie und des europäischen Fahrradhandels durchgezogen. Der europäische Rat ist nach dem Marathonverfahren gespalten: sieben Länder dafür und sieben Länder gegen die Einführung eines 11,3% Strafzolls. Österreich muss heute, spätestens bis Montag 15.10.2001 10.00 Uhr seine noch ausstehende Stimme abgeben.

Kann Österreich dem immensen Druck von Kommissionspräsident Lamy standhalten und wie geplant gegen den Strafzoll stimmen? Oder fällt Österreich um und opfert die Interessen der österreichischen Wirtschaft in Brüssel?

Mit einem Anti-Dumping-Verfahren der Europäischen Union gegen die Firma Shimano versucht die Firma SRAM Deutschland GmbH auf dem Gebiet der Nabenschaltungen die absolute Monopolstellung zu erhalten. Bereits heute ist die Firma SRAM mit einem Marktanteil von rund 70% Marktführer in Europa. Mit dem Anti-Dumping-Verfahren wird nun versucht, auch die restlichen 30% an sich zu reißen, jede Konkurrenz auszuschalten und damit zum Monopolisten zu werden.

Die österreichische Fahrradindustrie und der Fahrradhandel haben in einem Brief an Bundeskanzler Schüssel ihre existentiellen Sorgen über die bedrohlichen Auswirkungen eines Strafzolls bekundet. Nach über zwei Wochen kam bislang noch keine Reaktion.

Ein Anti-Dumping-Zoll führt in einem wettbewerbsintensiven Markt zu empfindlichen Preiserhöhungen für den Verbraucher und zu Arbeitsplatzverlusten in der bereits angeschlagenen gesamten österreichischen Fahrradindustrie und dem Fahrradhandel.

"Dieser Strafzoll trifft uns zum schlechtmöglichsten Zeitpunkt. In diesem Jahr geht der Fahrradmarkt um 20 % zurück, die Rezession

greift um sich und die Terrorattacken verunsichern den Verbraucher. Wir werden in dem engen Margengeschäft den Strafzoll von 11,3 % an den Verbraucher weitergeben müssen. Wir werden den zukunftssträchtigen Markt der Cityräder an osteuropäische Hersteller verlieren, die ohne den Strafzoll wesentlich billiger anbieten können. Wir werden um einschneidende Personalreduzierungen nicht umhin können," sagt Carol Chan, Präsidentin von KTM, dem mit Abstand größten Fahrradhersteller von Österreich.

Frau Chan und der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Fahrrad Dr. Fasthuber werden noch heute um ein Gespräch beim Minister Dr. Bartenstein nachsuchen, um ihm persönlich die Sorgen und Konsequenzen des Marktes vorzutragen.

Ist der Wirtschaftsminister bereit, die Interessen der Fahrradindustrie, des Fahrradhandels und der Endverbraucher Österreichs weiterhin angemessen in Brüssel zu vertreten?

Sollten Sie weitere Informationen benötigen, stehen Ihnen Frau Carol Chan unter 0043-6644318613 und Herr Dr. Claus Fasthuber unter 0043-664-1321382 zur Verfügung.

Rückfragehinweis:

Carol Chan
Präsidentin KTM

Dr. Claus Fasthuber
Vorsitzender der ARGE-Fahrrad

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0071 2001-10-12/10:55

121055 Okt 01

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20011012_OTS0071